

STELLUNGNAHME

zum Antrag der CDU/CSU Fraktion
„Hafenstandort Deutschland stärken“,
BT Drucksache 20/5218 vom 17.01.2023

Deutscher Bundestag

Verkehrsausschuss

Ausschussdrucksache

20(15)165-F

Stellungnahme

öffentl. Anhörung am 08.05.2023



05. Mai 2023 /Loh

Der Bundesverband öffentlicher Binnenhäfen, im Weiteren „die Binnenhäfen“ genannt, bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme sowie zur aktiven Teilnahme an der Anhörung zum Antrag CDU/CSU Fraktion „Hafenstandort Deutschland stärken“, BT-Drucksache 20/5218 vom 17.01.2023.

Grundsätzlich begrüßen die Binnenhäfen die unter I) beschriebenen Ziele des Antrags und unterstützen diese. Es wird jedoch bereits hier deutlich, dass der Fokus des Antrages sich nicht, wie der Titel den Anschein erweckt, auf Häfen im Allgemeinen und damit auf See- und Binnen erstreckt, sondern sehr stark auf die deutschen Seehäfen gerichtet ist. Allerdings sind bestimmte Maßnahmen, die unter II) gefordert werden auch geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit der Binnenhafenwirtschaft zu steigern.

Die Binnenhäfen bewerten die unter II) beschriebenen, für die Binnenhäfen relevanten Maßnahmen, daher wie folgt:

- II.1. Die Verabschiedung der Nationalen Hafenstrategie im Jahr 2023 ist auch im Sinne der Binnenhäfen und mit dem BMDV vereinbartes Ziel des Erstellungsprozesses.
- II.2. Die Binnenhäfen unterstützen die Forderung nach mehr finanziellen Mitteln für den Aufbau von Hafeninfrastrukturen für anstehende Transformationsprozesse, wie der Energiewende, der stärkeren Etablierung einer Kreislaufwirtschaft sowie der Digitalisierung von Häfen und (Hafen-)Logistik. Aus Sicht der Binnenhäfen ist die im Antrag formulierte Forderung daher positiv, aber um die o.g. Aspekte erweiterungsbedürftig.
- II.2. See- und Binnenhäfen benötigen gut ausgebaute und instand gehaltene vorgelagerte Schienen-, Wasserstraßen und Straßeninfrastrukturen, um ihre Funktion als trimodale Schnittstellen und Architekten der Verkehrsverlagerung voll erfüllen zu können. Insofern unterstützen die Binnenhäfen die grundsätzliche Forderung des Antrags. Die Konkretisierung der Projekte greift jedoch zu kurz und ist ausschließlich auf die Bedürfnisse der norddeutschen Seehäfen, vor allem auf das Hinterland des Hafens Hamburg zugeschnitten. Aber auch unter diesem Blickwinkel vermissen die Binnenhäfen relevante Infrastrukturmaßnahmen an den Bundeswasserstraßen, wie z.B. die Ertüchtigung der Schleusen und Brücken im nordwestdeutschen Kanalgebiet. Aus der Perspektive der Binnenhafenwirtschaft wäre die Projektliste dringend zumindest um die Projekte der fortgeschriebenen Düsseldorfer Liste vom 04.05.2023 zu ergänzen, um halbwegs Vollständigkeit zu erzielen. (Siehe hierzu [230504 ANLAGE Düsseldorfer Liste \(baden-wuerttemberg.de\)](https://www.baden-wuerttemberg.de))
- II.4. Die Forderung nach einer Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte in Häfen findet unsere volle Unterstützung.
- II.5. Die Binnenhäfen unterstützen die Forderung des Antrags an dieser Stelle, sehen hier jedoch Ergänzungsbedarf. See- und Binnenhäfen in Deutschland leiden zunehmend an immer höher werdenden Anforderungen und Auflagen für die Errichtung und den Betrieb von Umschlags- und Lagereinrichtungen für viele heute gängige Güterarten. Dies führt zu einem ungleichen Wettbewerb mit Logistikstandorten auf der „grünen Wiese“, die diese Auflagen nicht erfüllen müssen und häufig nur straßenseitig erreichbar sind. Letztlich führt diese Problematik zu Rückverlagerung von Transporten auf die Straße.

Die Forderung nach praxisnahen rechtlichen Rahmenbedingungen für Errichtung und Betrieb von Umschlags- und Lagereinrichtungen sowie einer Harmonisierung von Ländervorschriften und deren Anwendung vor Ort ist daher auf alle Güterarten auszudehnen.

- II.9. Volle Unterstützung der Binnenhäfen für diese Forderung. Die Binnenhäfen sprechen sich seit langem für ein Bund-Länder-Programm zur Sanierung von Kai- und Uferanlagen für Binnenhäfen aus und erwarten vom BMDV, dass dies Teil der Nationalen Hafenstrategie wird. Damit würde die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen der Verantwortungsübernahme des Bundes für Hafeninfrastrukturen einlösen.
- II.10. Die Binnenhäfen begrüßen die Forderung des Antrags, keine Pauschalen Stellenstreichungen bei der WSV umzusetzen. Diese wären angesichts des aktuellen Fachkräftemangels bei Ingenieuren, Planern, Fachjuristen, IT-Experten und Handwerkern das völlig falsche Signal. Der Verzicht auf Stellenstreichungen bedeutet aber nicht automatisch mehr Personal und mehr Bauleistung. Es bedarf daher einer Optimierung der Bundeswasserstraßenverwaltung, um das vorhandene Personal so effizient wie möglich für die baulichen Kernaufgaben der Verwaltung verfügbar zu machen. Eine dauerhafte, nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Wasserstraßeninfrastruktur, schlankere Prozesse auch innerhalb der Behörde, ein besseres Personalmanagement und -recruiting sowie eine attraktivere Aufstellung des Arbeitgebers WSV für Fachpersonal sind dazu notwendig. Wir verweisen hierzu auf das von uns mitgetragene Impulspapier der Initiative System Wasserstraße:
[230221 ISW-Impulspapier Wasserstrasseninfrastruktur staerken final.pdf \(bauindustrie.de\)](#)

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung

Ansprechpartner

Marcel Lohbeck
Geschäftsführer

Tel 030 / 398 858 74

info-boeb@binnenhafen.de

Fax 030 / 3984 0080

www.binnenhafen.de

Hauptgeschäftsstelle
Leipziger Platz 8
10117 Berlin

Der Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen e. V. Die Sicherung einer nachhaltigen Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Güterverkehr und Logistik gewährleisten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den Wohlstand der Menschen. Die Zukunft des Standorts Deutschland und die Umweltbilanz des Verkehrs werden maßgeblich beeinflusst durch den intelligenten Verbund der Verkehrsträger Wasserstraße, Schiene und Straße. Wesentliche Schnittstellen zwischen diesen Verkehrsträgern sind die Binnenhäfen. Binnenhäfen entwickeln und betreiben leistungsfähige Verkehrs- und Logistikinfrastruktur. Sie sind ideale Standorte für Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Das Angebot der Häfen reicht von der Bereitstellung hochwertiger Flächen und Immobilien über den Betrieb von Umschlaganlagen bis zur Organisation effizienter Logistikketten. Rund 90 Häfen in Deutschland bilden das Rückgrat des Bundesverbandes Öffentlicher Binnenhäfen (BÖB) mit Sitz in Berlin. Der BÖB ist Mitglied im Europäischen Verband der Binnenhäfen (EVB). Vor Ort ist der BÖB mit regionalen Arbeitsgemeinschaften in allen wichtigen deutschen Wirtschaftsräumen vertreten. Spezielle Fachthemen werden in überregionalen Ausschüssen behandelt. Der BÖB ist kompetenter Ansprechpartner für die Politik auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene und kooperiert mit bedeutenden Wirtschaftsverbänden. Er bringt auf diesem Weg die Belange seiner Mitgliedsunternehmen in den politischen Meinungsbildungsprozess ein. Der BÖB erfüllt Aufgaben und verfolgt Ziele in folgenden Bereichen: Politik, Öffentlichkeit, Institutionen, Mitgliedsunternehmen.